

Der UNCTAD World Investment Report 2014: Die Entwicklung ausländischer Direktinvestitionen

41

Sebastian Benz, Joachim Karl und Erdal Yalcin*

Aufgrund ihrer weitreichenden und vielschichtigen Wirkungen ist die Entwicklung grenzüberschreitender Direktinvestitionen sowohl wirtschafts- als auch gesellschaftspolitisch von großer Bedeutung. Welche Effekte gehen von privaten und staatlichen multinationalen Unternehmen (MNU) aus, die hinter ausländischen Direktinvestitionen stehen? Welche Politikimplikationen sind aus den gegenwärtigen Entwicklungen ableitbar? Diese Fragen und weitere Aspekte werden jährlich im Rahmen des von der Welthandelskonferenz (United Nations Conference on Trade and Development – UNCTAD) herausgegebenen World Investment Reports (WIR) zunächst deskriptiv dargestellt und anschließend analysiert. Die wesentlichen Ergebnisse des aktuell publizierten World Investment Report 2014 werden in diesem Artikel zusammengefasst.

Ausländische Direktinvestitionen (Foreign Direct Investment, FDI) stellen einen integralen Bestandteil des weltweiten ökonomischen Integrationsprozesses dar. Im Gegensatz zum grenzüberschreitenden Güterhandel werden ausländischen Direktinvestitionen langfristige Entwicklungswirkungen zugeschrieben. Über die letzten Jahrzehnte sind es vorwiegend Industrieländer gewesen, in die ein Großteil der weltweiten ausländischen Direktinvestitionen geflossen ist, die aber auch die größten Ursprungsländer der ausländischen Direktinvestitionen darstellten.

Ein Grund für die dominante Rolle der Industriestaaten als Zielländer für Investoren war vor allem ihr vergleichsweise niedriges Risikoumfeld (sowohl im Hinblick auf politische als auch wirtschaftliche Risikofaktoren), während konjunkturelle Aspekte über viele Jahre eine nachgelagerte Rolle spielten. Bis Mitte der 1990er Jahre fielen FDI-Zuflüsse in Entwicklungsländer vergleichsweise niedrig aus, obgleich viele dieser Länder bereits in den frühen 1990er Jahren große realwirtschaftliche Wachstumsraten aufwiesen. Seit spätestens Ende der 1990er Jahre hat sich dieses internationale Investitionsmuster stetig und substantiell verändert. Mit der jüngsten weltweiten Finanzmarktkrise in den Jahren 2008/2009 haben sich zudem wirtschaftliche Risiken auch in den Industriestaaten deutlich erhöht, während die Wachstumsperspektiven im Gegensatz zu etlichen Entwicklungsländern auf einem moderaten Niveau stagnieren. Als Folge dieser teilweisen Risikokonvergenz zwischen Industrie- und Entwicklungslän-

dern ist es nicht überraschend, dass der Anteil an weltweiten ausländischen Direktinvestitionen in Entwicklungs- und Transformationsländern mittlerweile stabil bei etwa 50% liegt.

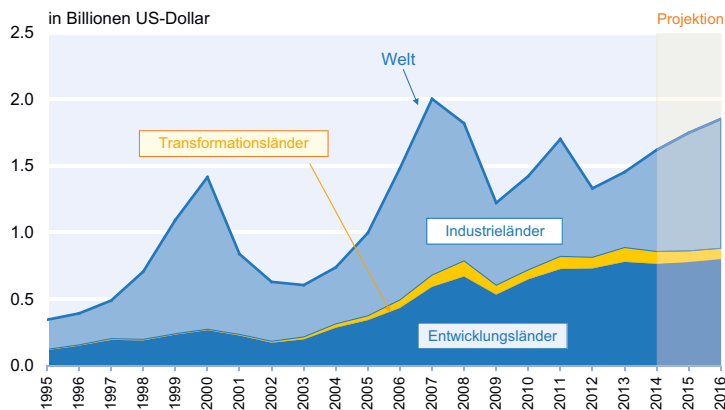
Unabhängig davon, ob es sich um Industrie- oder Entwicklungsländer handelt, sind die meisten Staaten bestrebt, den Zufluss ausländischer Investitionen weiter zu erhöhen. Dieses Ziel wird durch unterschiedlichste Politikmaßnahmen verfolgt. Internationale Investitionsförderverträge (IFVs) stellen dabei ein wesentliches Element dar.

Die positive Wirkung ausländischer Direktinvestitionen auf die nationale Wirtschaftsentwicklung wird nicht nur auf politischer Ebene, sondern auch zunehmend wissenschaftlich anerkannt. Kennzeichnend für die Politik der letzten Jahre ist aber auch die kritische Auseinandersetzung mit der Nachhaltigkeit ausländischer Direktinvestitionen. Während es in der Vergangenheit vor allem Nichtregierungsorganisationen waren, die mögliche negative Wirkungen ausländischer Investitionen anprangerten und eine stärkere Regulierung forderten, ist in den letzten Jahren eine zunehmende Sensibilisierung auch auf staatlicher Seite zu beobachten.

Diese und weitere aktuelle weltweite Entwicklungen im Zusammenhang mit ausländischen Direktinvestitionen werden von der UNCTAD analysiert. Jährlich veröffentlicht sie im Rahmen des World Investment Reports (WIR) detaillierte Daten und Analysen über aktuelle Trends. Dieser Artikel fasst die wesentlichen Entwicklungen des letzten Jahres zusammen und

* Sebastian Benz ist Economist am ifo Institut, Dr. Erdal Yalcin Deputy Director des ifo Zentrums für Außenwirtschaft. Dr. Joachim Karl ist Chief der Policy Research Section bei der UNCTAD.

Abb. 1
Weltweite FDI-Zuflüsse nach Ländergruppen, 1995–2013



Quelle: UNCTAD, WIR 2014.

geht auch auf das Schwerpunktthema »Investitionen und nachhaltige Entwicklungsziele« ein.

Aktuelle Trends: Industrieländer erholen sich nur langsam

Die weltweiten Direktinvestitionen erreichten im Jahr 2013 einen Wert von 1,45 Billionen US-Dollar. Im Zuge der Finanz- und Wirtschaftskrise waren diese zwischen 2007 und 2009 von einem Rekordwert von über 2 Billionen US-Dollar um 39% eingebrochen. Die Jahre 2010 und 2011 waren durch eine Erholung gekennzeichnet; das Vorkrisenniveau wurde jedoch nicht mehr erreicht. Mit zunehmender Dauer der Krise machte sich die anhaltende Unsicherheit wieder stärker bemerkbar. Nach einem erneuten Rückgang der ausländischen Direktinvestitionen von 22% im Jahr 2012 konnte die negative Entwicklung im vergangenen Jahr jedoch vorläufig gestoppt werden.

Nachdem die Gruppe der Entwicklungsländer im Jahr 2012 erstmals mehr Direktinvestitionen empfing als die Industriestaaten, setzte sich dieser Trend auch im vergangenen Jahr fort. Zuflüsse in die Entwicklungsländer in Höhe von 778 Mrd. US-Dollar sind gleichbedeutend mit einem Anteil an den weltweiten Direktinvestitionen von 53,6%. Der Anteil der Industriestaaten fiel hingegen weiter und erreicht nur noch einen Wert von 39%.

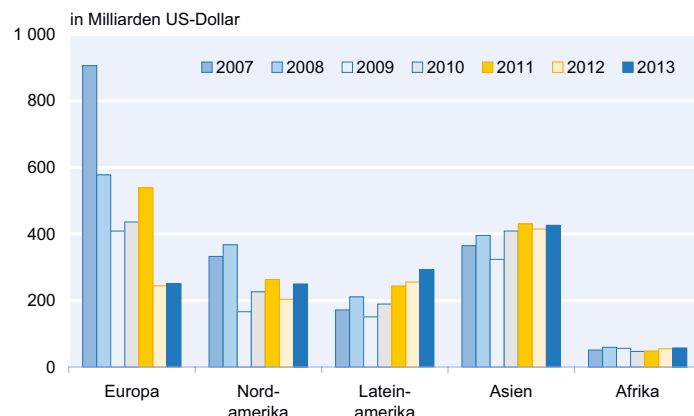
Der World Investment Report der UNCTAD prognostiziert für die kommenden Jahre ein Wachstum der globalen Direktinvestitionen. So könnten die Investitionsströme 2014 auf 1,62 Billionen, 2015 auf 1,75 Billionen und bis 2016 auf 1,85 Billionen US-Dollar ansteigen. Man geht davon aus, dass diese

Dynamik hauptsächlich durch Investitionen in entwickelte Länder getrieben wird, deren Wirtschaft sich weiter erholen dürfte. Politische Unsicherheiten und regionale Konflikte dürften hingegen einer Fortsetzung des starken Anstiegs der ausländischen Direktinvestitionen in Entwicklungsländern und Transformationsstaaten entgegenstehen. Daraus dürfte sich eine Trendumkehr bezüglich der Komposition ausländischer Direktinvestitionen ergeben. Für 2016 ist prognostiziert, dass die Industriestaaten erneut 52% der weltweiten FDI-Flüsse auf sich vereinen werden – immer vorausgesetzt, dass es zu keinen neuen tiefgreifenden globalen Krisen kommt.

Abbildung 2 zeigt, dass sich auch innerhalb der Gruppe der Industriestaaten Unterschiede ergeben. Nordamerika scheint dabei vom starken Rückgang der FDI-Zuflüsse der letzten Jahre deutlich weniger betroffen zu sein als Europa. Die Ursache hierfür kann unter anderem auf die anhaltenden Schuldenkrise in Südeuropa zurückgeführt werden, die ein stärkeres Wachstum auf dem Kontinent erschwert. 2013 summierten sich die FDI-Zuflüsse nach Europa auf 251 Mrd. US-Dollar. Dieser Wert liegt nur geringfügig über dem des Vorjahres und beträgt weniger als die Hälfte des Niveaus von 2011. Gleichzeitig stieg der Zufluss nach Nordamerika im Jahr 2013 um 22,7% und liegt nun in etwa gleichauf mit dem europäischen Wert.

Von der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise weitgehend unbeeindruckt, gewinnt Lateinamerika an Dynamik hinzu. Seit 2010 befindet sich Lateinamerika auf einem kontinuierlichen Wachstumspfad. 2012 wurden, hinsichtlich der Zuflüsse an Direktinvestitionen, zum ersten Mal Europa und Nordamerika übertroffen. Besonders stark haben Direktinvestitionen 2011 und zuletzt 2013 mit einer

Abb. 2
Direktinvestitionen nach Ländergruppen, 2007–2013



Quelle: UNCTAD, WIR 2014.

jährlichen Wachstumsrate von 14,2% zugelegt (unter Einschluss von Offshore-Finanzzentren). Dabei ist jedoch zu berücksichtigen, dass die Zuflüsse zuletzt nur in Zentralamerika anstiegen, während Südamerika einen Rückgang zu verzeichnen hatte.

Zuflüsse nach Asien bleiben, abgesehen von einem Dämpfer durch die schlechte weltwirtschaftliche Lage 2009, auf einem hohen Niveau. Seit 2010 konnte jedes Jahr ein Wert von 400 Mrd. US-Dollar übertroffen werden. In den letzten vier Jahren scheinen sich die Direktinvestitionen stabil auf diesem Niveau eingependelt zu haben. Diese hohe Summe korreliert stark mit der wachsenden Bedeutung Chinas für die globale Wirtschaft.

Eine ähnliche Stabilität wie in Asien zeigen auch die FDI-Flüsse in die afrikanischen Länder. Das kontinuierliche Wachstum kann jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Zuflüsse insgesamt noch auf einem sehr niedrigen Niveau verharren. Mit einem Wert von 57 Mrd. US-Dollar liegen die ausländischen Direktinvestitionen außerdem weiterhin unter dem Vorkrisenniveau (59 Mrd. US-Dollar im Jahr 2008).

USA weiter Spitzenreiter: Russland auf dem Vormarsch

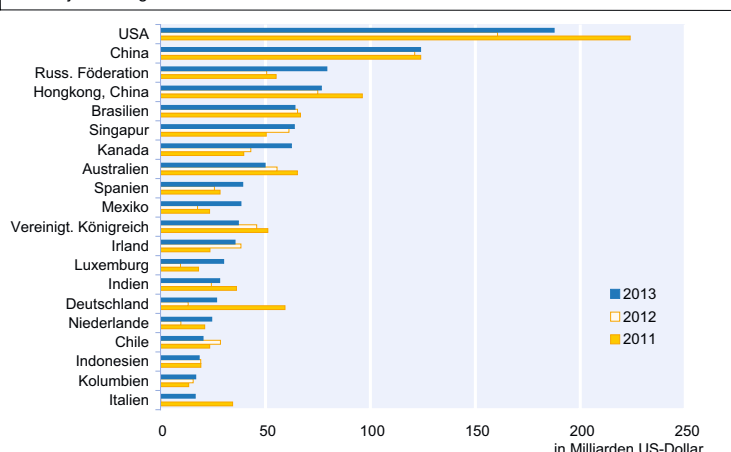
Größtes Empfängerland sind weiterhin die Vereinigten Staaten. Sie konnten ihren Vorsprung gegenüber China wieder etwas ausbauen. Während die FDI-Ströme in die USA im vergangenen Jahr um 27 Mrd. US-Dollar zulegten, konnte China im gleichen Zeitraum nur ein Plus von 3 Mrd. US-Dollar verzeichnen. Dies spiegelt das stark abgebremste Wirtschaftswachstum Chinas wider. Dennoch bleiben beide Länder weiterhin an der Spitze der Rangliste der Empfänger ausländischer Direktinvestitionen.

Ein großer Sprung nach vorne gelang Russland. Im Jahr 2013 wuchsen die Zuflüsse um 57% und weisen nun einen Wert von 79 Mrd. US-Dollar aus. Allerdings ist davon auszugehen, dass diese Entwicklung sich aufgrund der gegenwärtigen Krise in Zusammenhang mit der Ukraine, umkehren wird. Weitere Gewinner waren Kanada, Luxemburg, Deutschland, die Niederlande sowie Italien in der Gruppe der Industrieländer. Innerhalb der Entwicklungs- und Schwellenländer konnte Mexiko einen deutlichen Anstieg der FDI-Zuflüsse verzeichnen. Innerhalb der Top-20-Empfängerländer mussten Australien (-10%), Großbritannien (-19%) und Chile (-29%) einen deutlichen Rückgang der FDI-Zuflüsse verzeichnen.

Die Vereinigten Staaten sind auch das wichtigste Ursprungsland der weltweiten ausländischen Direktinvestitionen. Trotz eines leichten Rückgangs von 8% wurden im vergangenen Jahr 338 Mrd. US-Dollar aus den USA in anderen Ländern investiert. Das entspricht mehr als dem doppelten der japanischen Direktinvestitionen, welches das zweitwichtigste FDI-Herkunftsland ist. Japan hat im Vergleich zu den Vorjahren den Abstand zu den USA dennoch etwas reduzieren können. China behauptet den dritten Platz und kann mit einem Wachstum der Direktinvestitionen im Ausland von 15% den Abstand zu Japan ebenfalls verringern.

Wie schon bei den Zuflüssen von Direktinvestitionen, gehört Russland auch bei den getätigten Investitionen zu den Ländern mit der größten Wachstumsrate im vergangenen Jahr. Eine Steigerung um 46 Mrd. US-Dollar bedeutet ein Wachstum von 94% im betrachteten Zeitraum. Damit konnte Russland Hongkong, China, überholen, und ist nun das Land mit den vierthöchsten Direktinvestitionen im Ausland. Neben Russland konnten vor allem europäische Länder, wie die Niederlande, Luxemburg, die Schweiz, Italien und Spanien, ihre Direktinvestitionen im Ausland deutlich erhöhen. Einen positiven Trend weist zudem Singapur auf, das seine Investitionen etwas mehr als verdoppeln konnte.

Abb. 3
Top-20-Empfängerländer 2013
mit Vorjahresvergleich

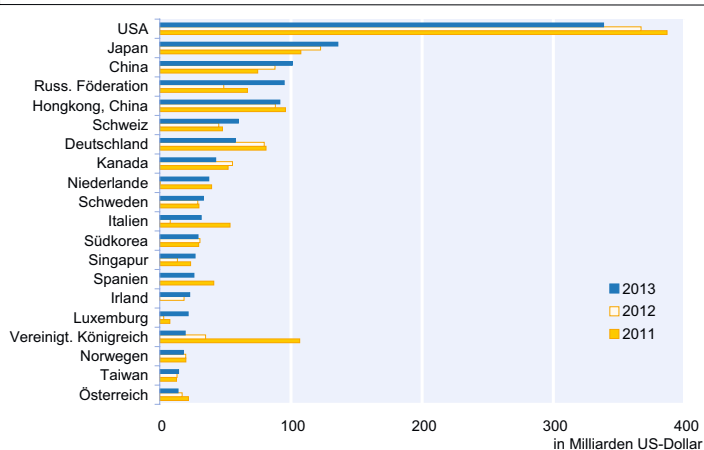


Quelle: UNCTAD, WIR 2014.

Zu den Staaten, die im Vergleich zu 2012 weniger im Ausland investierten, gehören zwei der Länder, die die europäische Schuldenkrise vergleichsweise unbeschadet überstanden haben: Deutschland und Großbritannien. Während deutsche Direktinvestitionen um 27,7% fielen und nun bei 57,6 Mrd. US-Dollar liegen, brachen britische FDI-Abflüsse um 44% ein und liegen bei nur noch 19 Mrd. US-Dollar. Dies liegt vor allem daran, dass der Vorjahreswert im Vergleich zu anderen Ländern schon vergleichsweise hoch war und Investitionen im Inland durch die zunehmende wirtschaftliche Dynamik an Attraktivität gewannen.

Abb. 4

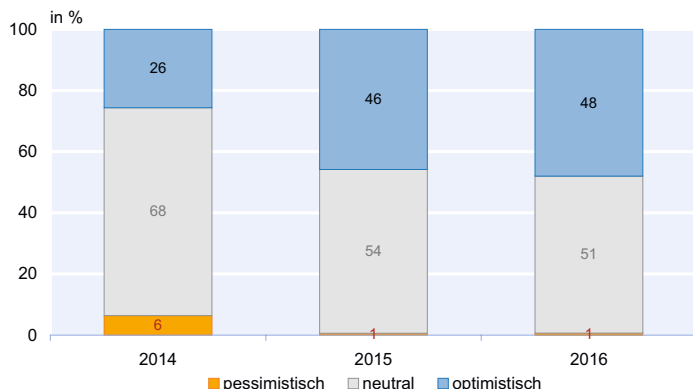
Top-20-Herkunftsländer 2013
mit Vorjahresvergleich



Quelle: UNCTAD, WIR 2014.

Abb. 5

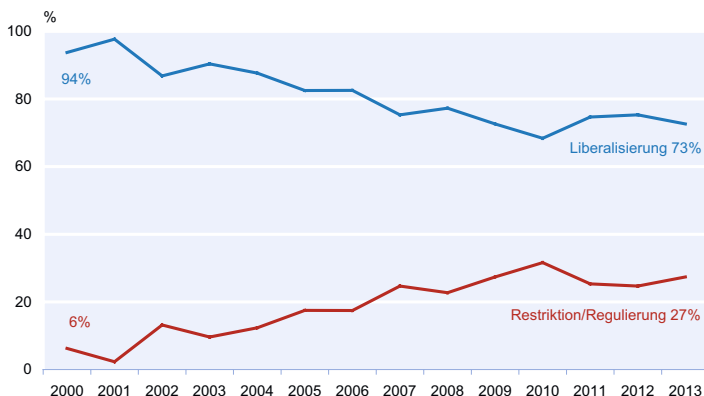
Einschätzung des globalen Investitionsklimas durch transnationale Unternehmen



Quelle: UNCTAD, WIR 2014.

Abb. 6

Anhaltender Trend zu restriktiven Politikmaßnahmen



Quelle: UNCTAD, WIR 2014.

Zunehmender Optimismus über zukünftiges Investitionsklima

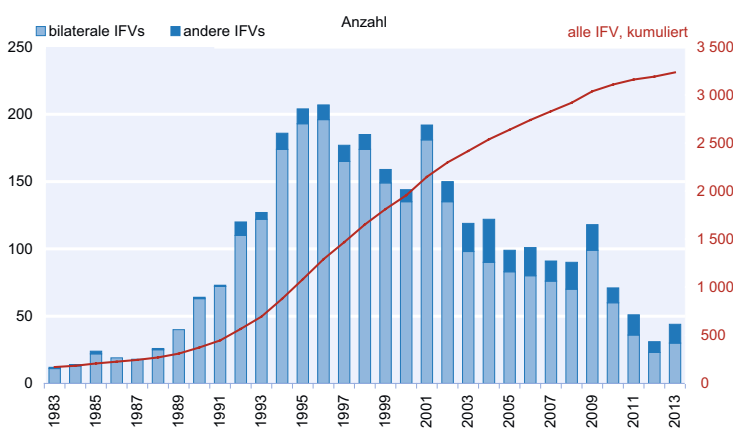
Die jährliche Umfrage im Rahmen des World Investment Prospect Survey (WIPS) zeigt, dass transnationale Unternehmen immer noch unsicher über die Entwicklung des Investitionsklimas im Jahr 2014 sind, im Großen und Ganzen aber eine günstige Entwicklung für die zwei Folgejahre erwarten. Wie in Abbildung 5 dargestellt, ist etwa die Hälfte der 164 befragten Unternehmen optimistisch für das Jahr 2016, während kein einziges Unternehmen pessimistisch über das zukünftige Investitionsklima denkt. Bedenken wurden lediglich über eine erneute Zuspitzung der Schuldenkrise und zunehmenden Protektionismus geäußert, die das erwartet gute Investitionsklima möglicherweise trüben könnten. Mittelfristig werden nach Einschätzung der befragten Unternehmen die Investitionen in ausländische Projekte in allen Sektoren ansteigen. Allein wenig technisierte Sparten des Verarbeitenden Gewerbes könnten im Jahr 2014 einen Rückgang der Direktinvestitionen erfahren. Für ihr eigenes Unternehmen erwartet die Hälfte der Befragten eine Erhöhung der Direktinvestitionen im Ausland.

Investitionsfördergesellschaften (IFGs) sehen weiterhin mehr Potenzial für Direktinvestitionen im Dienstleistungssektor als im Verarbeitenden Gewerbe. Dabei weisen die Einschätzungen der Gesellschaften je nach Region ein differenziertes Bild auf. Afrikanische IFGs erwarten weitere Investitionen in die Rohstoff- und Mineralgewinnungsindustrien, während lateinamerikanische IFGs eine Zunahme in Finanz- und Tourismusdienstleistungen betonen. Asiatische IFGs wiederum sehen hervorragende Perspektiven im Bauwesen, dem Maschinenbau und der Landwirtschaft.

Nationale Politikmaßnahmen überwiegend investitionsfreundlich

Im Jahr 2013 registrierte die UNCTAD in mindestens 59 Ländern insgesamt 87 nationale Gesetzesänderungen, die FDI betreffen. Wie Abbildung 6 zeigt, sind die nationalen Politikstrategien hinsichtlich ausländischer Investitionen weiterhin mehrheitlich auf Investitionsförderung ausgerichtet.

Abb. 7
Trends bei bilateralen und anderen IFVs



Quelle: UNCTAD, WIR 2014.

titionsförderung und -liberalisierung ausgerichtet – 73% der Gesetzesänderungen lassen sich dieser Kategorie zuordnen. Gleichzeitig nahm jedoch der Anteil der Politikmaßnahmen von restriktiver oder regulatorischer Natur von 25% auf 27% zu und setzte damit den Trend der letzten Dekade fort.

Zu den einschlägigen Gesetzesänderungen gehören beispielsweise Privatisierungen, die Senkung von Steuern auf Firmengewinne oder die Gründung von Sonderwirtschaftszonen (SEZs). So fanden 2013 vor allem etliche Privatisierungen in Schwellenländern statt. Die Mehrheit dieser Maßnahmen, die meist mit der Telekommunikationsbranche und dem Energiesektor verbunden waren, wurde in Asien umgesetzt. Dies ist ein deutliches Signal für die anhaltende Relevanz von FDI-Zuflüssen in den Entwicklungsstrategien vieler Länder.

Innerhalb dieser Gruppe von Gesetzesänderungen ist auch der Anteil derer gestiegen, die gezielt Anreize für ausländische Investoren setzen, in einem Land zu investieren. Relevant sind vor allem fiskalische (z.B. Steuererleichterungen) und finanzielle Anreize (z.B. subventionierte Darlehen). Wichtige Ziele dieser Maßnahmen sind die Schaffung von Arbeitsplätzen, der Technologietransfer, die Erhöhung der Exportquote und die Verzahnung mit der heimischen Wirtschaft über die gegenseitige Lieferung und Verwendung von Vorprodukten.

Die zuletzt erlassenen Restriktionen in Bezug auf ausländische Direktinvestitionen betreffen unter anderem die verweigerte Genehmigung von Investitionsprojekten. Ein neues Phänomen ist das Bemühen einzelner Regierungen, Veräußerungen von Beteiligungen an Ausländer oder die Verlegung ganzer Tochtergesell-

schaften ins Ausland zu verhindern. Aufgrund von ökonomischen Krisen und anhaltend hoher Arbeitslosigkeit haben einige Staaten die Bedingungen für Firmenschließungen und Firmenumsiedlungen verschärft.

Von bilateralen zu megaregionalen Investitionsförderverträgen

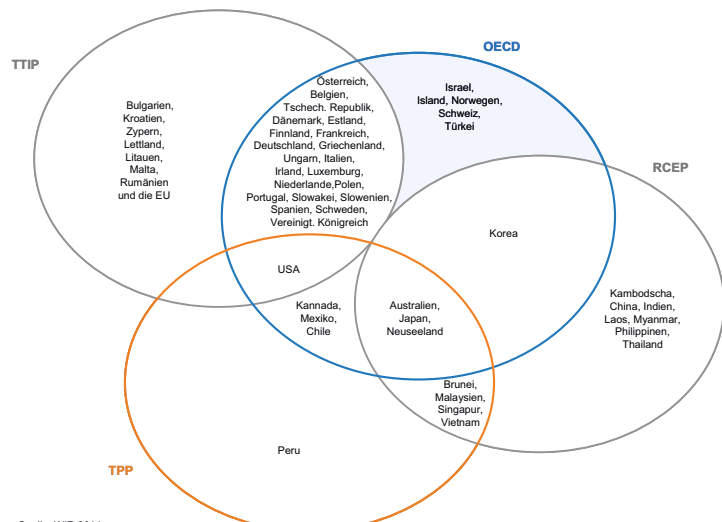
Eine weitere Möglichkeit, die Attraktivität für ausländische Direktinvestitionen zu erhöhen, sind bilaterale IFVs oder andere internationale Investitionsschutzverträge. Im Jahr 2013 kamen weltweit 44 neue Verträge hinzu, einige liefen jedoch auch aus. Damit sind heute 3236 Abkommen in Kraft, und

eine große Zahl weiterer Verträge ist derzeit in der Verhandlungsphase.

Die derzeit verhandelten und in letzter Zeit abgeschlossenen Abkommen sind durch eine zunehmende Tiefe und Breite gekennzeichnet. »Tiefe« bezieht sich hierbei auf den Grad der Liberalisierung in einzelnen Sektoren, während »Breite« die Vielzahl der von diesen Abkommen abgedeckten Themen meint. Ein Beispiel für letzteres ist die Einbeziehung von Bestimmungen für eine nachhaltige Entwicklung, Regelungen, die auf mehr Marktöffnung abzielen, und weitere Maßnahmen zum Investitionsschutz.

Zunehmend ist eine große Anzahl von Ländern an den Verhandlungen eines einzelnen Abkommens beteiligt. Diese werden auch »megaregionale« Abkommen genannt und in der Öffentlichkeit entsprechend prominent debattiert. Darunter ist auch die derzeit zwischen der EU und den Vereini-

Abb. 8
Länderbeteiligung in geplanten megaregionalen Bündnissen und der OECD



Quelle: WIR 2014.

gen Staaten verhandelte »Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft« (Transatlantic Trade and Investment Partnership: TTIP). Bezogen auf die Parteien von bereits bestehenden IFVs würden sich daraus 140 Überlappungen zu bereits existierenden Abkommen und 200 neue Vertragsbeziehungen ergeben. Die Verhandlungen zu megaregionalen Abkommen decken oft ein sehr breites Themenspektrum ab, wobei Investitionen eines der Kernelemente sind. Daraus können sich wichtige Auswirkungen auf das gegenwärtige internationale Investitionsregime ergeben.

Unbehagen über internationale Investitionsschiedsgerichte

Vor allem der starke Anstieg von internationalen Streitfällen zwischen ausländischem Investor und Gaststaat (Investor-State Dispute Settlement: ISDS) wird in der Öffentlichkeit und Medienlandschaft kritisch diskutiert. Im vergangenen Jahr wurden 56 neue solcher Verfahren eingeleitet, der zweithöchste jemals gemessene Jahreswert. Die Gesamtzahl der dokumentierten Fälle stieg damit auf 568 an. Von den neu eingeleiteten Verfahren wurden mehr als 40% gegen Mitgliedstaaten der Europäischen Union gerichtet. Zudem sind mit einer Ausnahme alle Streitigkeiten EU-interne Fälle.

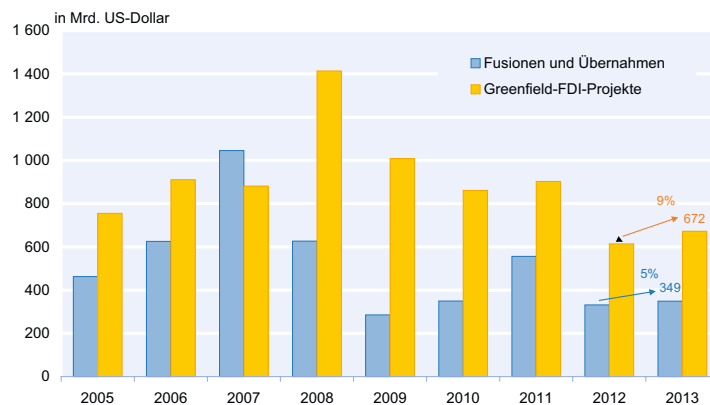
Greenfield-FDI wieder auf dem Vormarsch

Ausländische Direktinvestitionen lassen sich in verschiedene Kategorien einteilen. Greenfield-Projekte sind Gründungen von neuen Firmen und Tochtergesellschaften im Ausland. Sie sind für die Wertschöpfung und eine nachhaltige Entwicklung eines Landes, insbesondere von Entwicklungsländern, von großer Bedeutung. Im Gegensatz dazu haben grenzüberschreitende Fusionen und Übernahmen (Mergers and Acquisitions; M&A) – eine weitere Form von FDI – oftmals nur geringere Auswirkungen auf die Produktionskapazität, Wertschöpfung und Beschäftigung.

Das Volumen von Greenfield-Investitionen stieg im vergangenen Jahr um 9% an, während M&A-Projekte um 5% zulegen konnten. Dies bedeutet eine Trendumkehr, da der Anteil von M&A-Projekten am Gesamtvolumen der globalen Direktinvestitionen in den letzten Jahren beständig zugenommen hatte. Im Wissen um die Bedeutung von Greenfield-FDI für die Investitionsnachhaltigkeit in Entwicklungsländern wurde diese Entwicklung mit einer gewissen Sorge betrachtet. Trotz der Trendumkehr liegt der Anteil von Greenfield-Projekten am Gesamtvolumen der Direktinvestitionen auch weiterhin unterhalb des Durchschnitts der vergangenen fünf Jahre.

Abb. 9

Wertentwicklung von grenzübergreifenden Fusionen und Übernahmen sowie Greenfield-Projekten weltweit



Quelle: UNCTAD, WIR 2014.

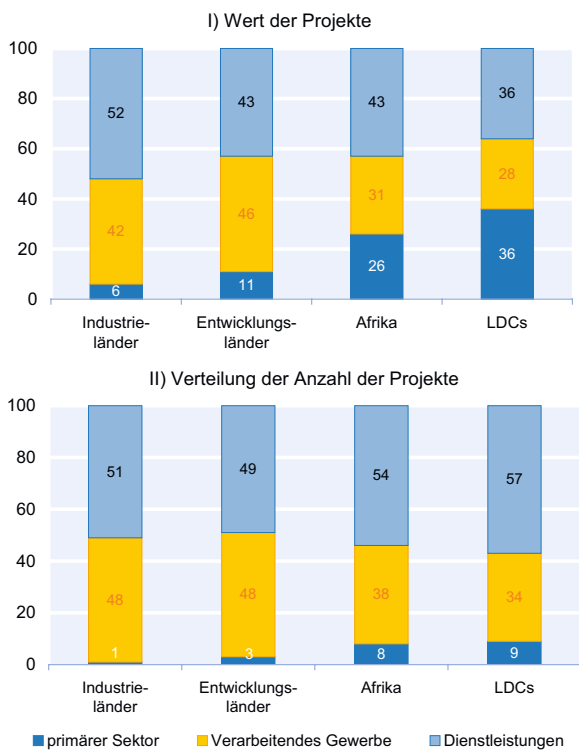
Große, aber sinkende Bedeutung des Primärsektors in Afrika

Da die Greenfield-FDI-Projekte besondere Bedeutung für die wirtschaftliche Entwicklung eines Landes haben, lohnt sich ein detaillierter Blick auf ihre Zusammensetzung. Abbildung 10 veranschaulicht die kumulative Verteilung von Greenfield-FDI auf die Wirtschaftssektoren. Eine grobe Unterteilung in Industrieländer und Entwicklungsländer zeigt keine großen Unterschiede. Innerhalb beider Ländergruppen machen Greenfield-Projekte im Dienstleistungssektor und im Verarbeitenden Gewerbe den größten Anteil an den gesamten Greenfield-FDI-Zuflüssen aus. Dies ist unabhängig davon, ob der Wert der FDI-Zuflüsse oder die Zahl der einzelnen Projekte gemessen wird. Greenfield-FDI im Primärsektor spielt nur eine untergeordnete Rolle.

Eine gesonderte Analyse der Greenfield-FDI-Projekte *in Afrika und in den am wenigsten entwickelten Ländern* (least developed countries, LDC) zeigt, dass der Primärsektor weiterhin eine wichtige Rolle spielt. In Afrika wurden im betrachteten Zeitraum 26% der Greenfield-FDI-Investitionen im Primärsektor getätigt, in den LDCs sind es 36%. Die Tatsache, dass der Anteil des Primärsektors gemessen an der Anzahl der Projekte jeweils deutlich geringer ausfällt, impliziert, dass Projekte im Primärsektor tendenziell größere Investitionsvolumina aufwiesen als Projekte in anderen Industriezweigen. Wichtigstes Ziel von Greenfield-FDI im Primärsektor ist die Rohstofferschließung.

Diese kumulative Betrachtung verbirgt jedoch einen deutlichen Trend der letzten Jahre. Sowohl in Afrika als auch in den LDCs ging der Anteil des Primärsektors am Wert der Zuflüsse von Greenfield-FDI stark zurück. Während in Afrika im Jahr 2004 noch 53% der Greenfield-FDI-Zuflüsse im Primärsektor investiert wurden, waren es 2013 nur noch 8%. Bei Greenfield-FDI in den LDCs sank der Anteil des Primär-

Abb. 10
Sektorale Verteilung von Greenfield-FDI-Projekten nach Ländergruppen, kumulativ 2004–2013



sektors im gleichen Zeitraum sogar von 73% auf 9%. Die Verluste des Primärsektors fielen dabei jeweils zu Gunsten des Dienstleistungssektors aus, der seinen Anteil stark ausweiten konnte, während der Anteil des Verarbeitenden Gewerbes ungefähr konstant blieb.

Nachhaltige Entwicklungsziele: Einbindung des privaten Sektors

Die Weltgemeinschaft sieht sich einer Reihe von gewaltigen ökonomischen, sozialen und umweltpolitischen Herausforderungen gegenüber. Um diese zu meistern, werden von den Vereinten Nationen derzeit nachhaltige Entwicklungsziele (SDGs: Sustainable Development Goals) definiert, die im Zeitraum von 2015 bis 2030 erreicht werden sollen. Sie lassen sich in vier Themenbereiche einteilen: ökonomische Infrastruktur, soziale Infrastruktur, Ernährungssicherung und Umweltverträglichkeit.

Um die Lebensqualität der Menschen im Einklang mit den SDGs zu erhöhen, sind große finanzielle Anstrengungen notwendig. Schätzungen der Vereinten Nationen sprechen von

einem jährlichen Investitionsbedarf in Höhe von ca. 3,9 Billionen US-Dollar. Derzeit betragen die öffentlichen und privaten Investitionen in den entsprechenden Bereichen etwa 1,4 Billionen US-Dollar pro Jahr, so dass sich eine Investitionslücke von 2,5 Billionen US-Dollar ergibt. Die jährliche Investitionssumme müsste um 180% erhöht werden. Dies ist nur möglich durch eine gemeinsame Anstrengung von öffentlichen und privaten Investoren.

Die dargestellte durchschnittliche Investitionslücke ist nicht in allen Ländern gleich groß. Vor allem in den LDCs muss das Investitionsvolumen erhöht werden, um die gesteckten Ziele zu erreichen. Diese Ziele nur mit Investitionen aus einheimischem Kapital zu erreichen, ist für viele Entwicklungs- und Transformationsländer ein Ding der Unmöglichkeit. Stattdessen muss auf Kapital aus dem Ausland zurückgegriffen werden. Unter den wichtigsten Quellen ausländischen Kapitals für Entwicklungsländer sind auch FDI-Zuflüsse. Sie machen etwas weniger als die Hälfte aller Kapitalzuflüsse in die Entwicklungs- und Transformationsländer aus. Außerdem sind die FDI-Zuflüsse durch eine relativ geringe Volatilität gekennzeichnet. Eine weitere wichtige Quelle ausländischen Kapitals ist die staatliche Entwicklungshilfe, die vor allem in die LDCs fließt, während die restlichen Entwicklungsländer starke Zuflüsse von Portfolioinvestitionen verzeichnen.

Auch die verschiedenen Zielgrößen sind durch unterschiedliche Investitionslücken gekennzeichnet. Abbildung 12 zeigt, dass die Investitionslücke derzeit im Transportsektor am niedrigsten und im Bereich der Anpassungen an den Klimawandel am größten ist. Ein Anhaltspunkt für den potenziellen Beitrag privater Investoren zum Erreichen der gesetzten Ziele in den einzelnen Bereichen lässt sich aus Abbildung 13 ablesen. Diese zeigt den jeweiligen Investitionsbeitrag privater Investoren in Industrie- und Entwicklungsländern. Die Differenz zwischen den beiden Ländergruppen lässt Rückschlüsse auf potenzielle Wachstumsmöglichkeiten des privaten Sektors im jeweiligen Bereich zu.

Abb. 11
Geschätzte erforderliche Investitionen pro Jahr, 2015–2030
 in Billionen US-Dollar

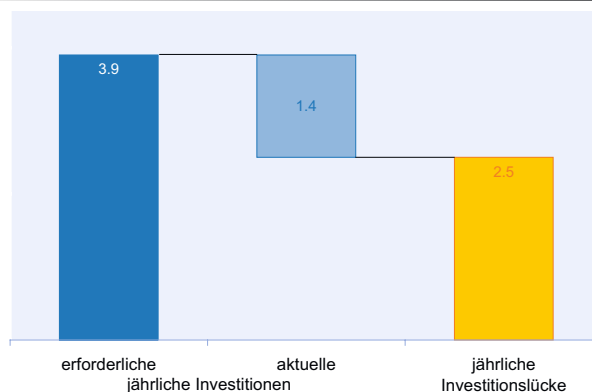
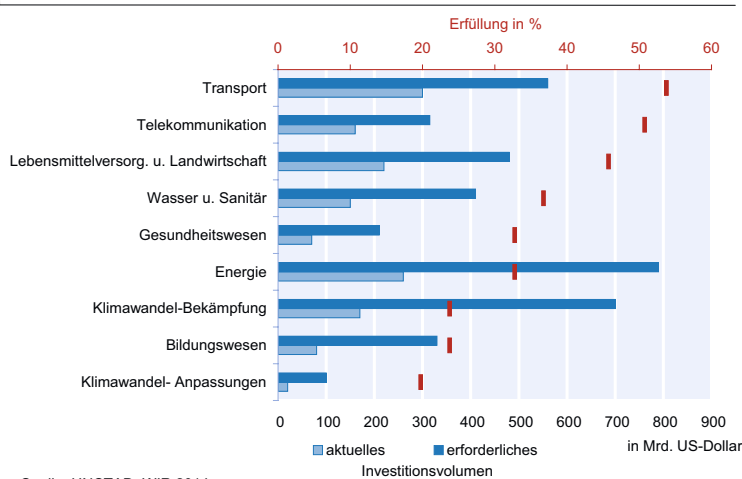
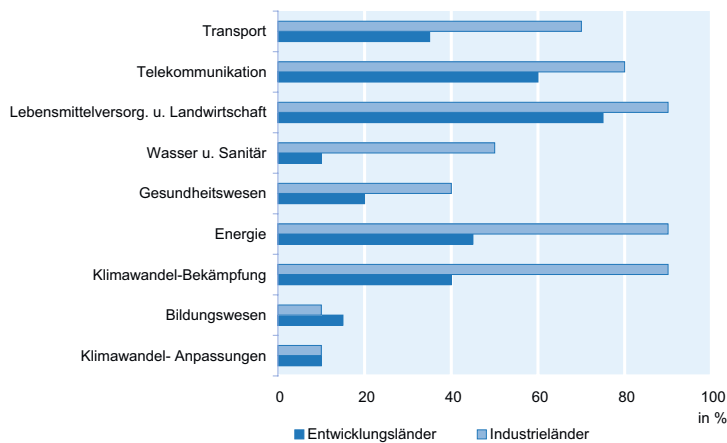


Abb. 12
Investitionsniveaus und Investitionslücken



Quelle: UNCTAD, WIR 2014.

Abb. 13
Beteiligung des privaten Sektors



Quelle: UNCTAD, WIR 2014.

Die Bereiche Energie, Transport, Telekommunikation sowie Wasser und Sanitär lassen sich als ökonomische Infrastruktur einer Volkswirtschaft zusammenfassen. Aktuell liegt das jährliche Investitionsvolumen in diesem Bereich deutlich unter einer Billion US-Dollar. Um die SDGs in diesem Bereich zu erreichen, müsste eine zusätzliche Billion US-Dollar jährlich investiert werden. Abbildung 13 zeigt, dass in diesen Bereichen noch viel Luft nach oben für eine Beteiligung privater Investoren in den Entwicklungsländern besteht. Neueste Erkenntnisse zeigen genau diesen Trend hin zu einer vermehrten privaten Partizipation in diesem Bereich. Nur bei der Wasserversorgung scheint die Vorherrschaft der öffentlichen Hand weiter zu bestehen, nicht zuletzt aufgrund der hohen politischen Sensibilität dieses Gutes.

Investitionen in die soziale Infrastruktur, also in das Bildungs- und Gesundheitswesen, sind essentiell für eine nachhaltige Politik in Entwicklungsländern. Aktuell beträgt das Investi-

tionsvolumen in das Bildungswesen ca. 80 Mrd. US-Dollar pro Jahr. Bis 2030 muss in diesem Bereich eine Lücke geschlossen werden, die ungefähr 250 Mrd. US-Dollar ausmacht, damit das erforderliche Niveau von 330 Mrd. US-Dollar pro Jahr erreicht werden kann. Private Investitionen in diesem Bereich sind sowohl in Entwicklungsländern als auch in Industrieländern sehr gering. In den kommenden Jahren wird hier auch kein nennenswerter privater Investitionsschub erwartet.

Die derzeitigen Investitionen in das Gesundheitswesen haben ein Volumen von ca. 70 Mrd. US-Dollar jährlich. Um die Entwicklungsziele zu erreichen, ist jedoch ein Volumen von 210 Mrd. US-Dollar pro Jahr erforderlich, was eine Investitionslücke von 140 Mrd. US-Dollar bedeutet. Private Investitionen haben auch in den Industrieländern in diesem Bereich nur einen relativ geringen Anteil von 40% am Gesamtinvestitionsvolumen. In einigen Entwicklungsländern sind die privaten Investitionen im Gesundheitsbereich bereits auf einem mit den Industrieländern vergleichbaren Niveau. Hier sind also vor allem Investitionen der öffentlichen Hand gefragt, um die Lücke zu schließen. Im Unterschied zur ökonomischen Infrastruktur müssen Investitionen in die soziale Infrastruktur meist langfristiger geplant werden. So werden beispielsweise Investitionen in neue Krankenhäuser zur Verbesserung des Gesundheitswesens nicht ausreichen, wenn zugleich keine ausgebildeten Ärzte und Pflegepersonal zur Verfügung stehen.

Im Bereich der Lebensmittelversorgung und Landwirtschaft liegt das gegenwärtige Investitionsvolumen bei ca. 220 Mrd. US-Dollar pro Jahr. Investitionen in diesem Bereich beziehen sich auf die Beseitigung des Hungers in der Welt, beispielsweise auch festgelegt im UN-Millennium-Ziel »Zero Hunger Target«. Das dafür erforderliche Investitionsvolumen wird auf jährlich 480 Mrd. US-Dollar geschätzt, was eine Lücke von 260 Mrd. US-Dollar pro Jahr impliziert. Auch in den Entwicklungsländern ist die Beteiligung privater Investoren in diesem Bereich mit etwa 75% bereits hoch, so dass eine weitere Steigerung dieses Anteils schwierig werden dürfte.

Investitionen in die nachhaltige Entwicklung der Umweltpolitik sind schwer zu messen und verlangen bei der Interpretation der Zahlen besondere Vorsicht. Kraftwerke, die Strom aus erneuerbaren Energien erzeugen, haben beispielsweise eine Doppelfunktion als Investition in die ökonomische Infrastruktur und Investition als Antwort auf den Klimawandel.

Um Doppelzählungen zu vermeiden, werden deshalb Investitionen in die ökonomische Infrastruktur ohne Investitionen hinsichtlich des Klimawandels berechnet.

Das gegenwärtige Volumen der Investitionen im Umweltbereich liegt bei etwa 190 Mrd. US-Dollar pro Jahr. Erforderlich wären bis 2030 ca. 800 Mrd. US-Dollar jährlich. Daher wird speziell in diesem Gebiet ein enormes Wachstum nötig sein, um eine nachhaltige Entwicklung zu gewährleisten. Da private Investitionen in entwickelten Ländern durchschnittlich 90% des gesamten Investitionsvolumens ausmachen, erscheint eine größere Beteiligung privater Investoren auch in den Entwicklungsländern möglich. Entscheidend dafür ist jedoch eine entsprechende Gesetzgebung der Länder, die private Investitionen ermöglicht, ausreichende finanzielle Anreize für Investoren setzt und gleichzeitig die öffentlichen Interessen durch angemessene gesetzliche Regelungen wahrt.

Schlusswort

Ausländische Direktinvestitionen sind 2013 erneut auf einen Wachstumspfad eingeschwenkt, und die Aussichten für die kommenden Jahre sind verhalten optimistisch. Es sind jedoch weitere Anstrengungen von Seiten der Regierungen erforderlich, für ein günstiges Umfeld für Investitionen zu sorgen. Dabei geht es nicht allein darum, mit Hilfe von FDI quantitatives Wachstum zu erzeugen. Ebenso wichtig ist es, FDI für nachhaltige Entwicklungsziele zu mobilisieren und Investitionen hierfür besonders relevanten Sektoren und Aktivitäten zuzuführen. FDI hat erhebliches Potenzial, um die wirtschaftliche, umweltpolitische und soziale Nachhaltigkeit des Wirtschaftens zu stärken; gleichzeitig gilt es, die mit FDI verbundenen umwelt- und sozialpolitischen Risiken durch geeignete gesetzliche Maßnahmen zu minimieren.